KANTON LUZERN

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 25. Januar 2022
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

A 773 Anfrage Gehrig Markus und Mit. über das Verlangen der Luzerner Regierung, das Arbeitsverbot am Sonntag zu kippen / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die Anfrage A 773 wurde auf die Januar-Session hin dringlich eingereicht.
Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.
Markus Gehrig hält an der Dringlichkeit fest.

Markus Gehrig: Politische Prozesse sind manchmal grau und langweilig, manchmal sind sie spannend, und manchmal regt man sich fürchterlich auf. Das ist mir passiert, als ich den Artikel im «Tages-Anzeiger» gelesen habe, dass die Volkswirtschaftsdirektoren beim Bundesrat vorstellig werden wollen, um das Arbeitsverbot am Sonntag zu lockern. Ich habe diesen Vorstoss geschrieben und mich bei einigen Formulierungen etwas im Ton vergriffen. Ich habe mich in der Zwischenzeit bei Regierungsrat Fabian Peter entschuldigt. In der Sache bin ich aber nach wie vor der Ansicht, dass das Vorgehen komplett falsch ist und am Volkswillen vorbeizielt. Warum ist der Vorstoss nach meiner Ansicht dringlich? Er hat ein hohes politisches Gewicht. Sie alle wissen, wie emotional diese Abstimmungen im Kanton Luzern immer waren. Die Bevölkerung hat eine solche Lockerung immer abgelehnt. Das Geschäft erträgt auch keinen Aufschub. Ich kenne zwar den Fahrplan der Volkswirtschaftsdirektoren nicht, aber die Gespräche werden sicher demnächst stattfinden oder haben schon stattgefunden. Aus diesen Gründen halte ich an der Dringlichkeit fest.

Marcel Budmiger: Ich spreche gleich zur Dringlichkeit dieses und meines Vorstosses zur geplanten Ausdehnung der Sonntagsverkäufe durch die Volkswirtschaftsdirektoren. Vieles hat mein Vorredner bereits gesagt. Ich bitte Sie, der dringlichen Behandlung beider Vorstösse zuzustimmen. Es gibt wohl kaum ein anderes Thema, zu dem sich die Luzerner Bevölkerung so oft äussern durfte oder aus unserer Sicht musste. Das Zeichen, welches der Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor mit seinen Äusserungen an der Medienkonferenz ausgesendet hat, ist folgendes: Der Volkswille kann umgangen werden, Debatten im Parlament sind nicht wirklich relevant, und die Sozialpartner und der Detailhandel sind dem Kanton Luzern egal. Das alles hat eine politisch hohe Relevanz, und es ist dringend nötig, dass wir als Kantonsrat den Regierungsrat hier wieder auf Kurs bringen können, und das möglichst rasch. Wenn Regierungsrat Fabian Peter das ganze Jahr Sonntagsverkäufe ermöglichen will und dann in Medienberichten zurückrudert und keinen einzigen verkaufsfreien Sonntag zusätzlich will, erwarten die Bevölkerung und besonders die Direktbetroffenen im Detailhandel, die mit Corona schon genug gefordert sind, klare Antworten, was der Regierungsrat will oder nicht will, und das möglichst bald. Danke für Ihre Unterstützung.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Vorab danke ich Markus Gehrig für sein Votum und seine Entschuldigung. Es ist uns allen schon einmal passiert, dass wir uns im Ton vergriffen haben. Es zeugt von

Mut und Charakter, wenn man dazu steht und einen Fehler zugibt. In diesem Sinn danke ich herzlich dafür. Am 14. Januar 2022 fand in Zürich eine Medienkonferenz mit dem Titel «Belebung des schweizerischen Städtetourismus» statt. Es ging um Handlungsmöglichkeiten und Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung des durch Corona arg gebeutelten Tourismus. Als Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor war ich in Absprache mit der Gesamtregierung dort dabei. Die Regierung lehnt die Dringlichkeit der beiden Vorstösse ab; ich spreche auch gleich zum Vorstoss von Marcel Budmiger. Die Kriterien sind nach unserer Ansicht nicht erfüllt, und nur eine Medienkonferenz auf nationaler Ebene sollte keine Dringlichkeit eines Vorstosses nach sich ziehen. Ich bitte Sie, der Regierung zu folgen.

Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 83 zu 27 Stimmen zu.

Die Anfrage A 773 und die Anfrage A 781 von Marcel Budmiger über die Aushebelung des Ladenöffnungskompromisses mit 60 zusätzlichen verkaufsoffenen Sonn- und Feiertagen werden als Paket behandelt.

Markus Gehrig ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Marcel Budmiger ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Markus Gehrig: Ich danke dem Regierungsrat für die Antworten auf meine Anfrage. Ich bin mit den Antworten nicht sehr zufrieden, sie sind nämlich recht widersprüchlich. Der Regierungsrat will den Ladenschlusskompromiss nicht beschädigen, den wir vor etwa zwei Jahren in diesem Rat beschlossen haben, aber trotzdem nimmt er das in Kauf. Der Regierungsrat sagt, er respektiere die Abstimmungen im Kanton Luzern, trotzdem will er die Option, liberalere Öffnungszeiten bewilligen zu können, und folgt damit nicht dem mehrfach geäusserten Volkswillen. Auch im wirtschaftsfreundlichen Kanton Zürich, von dem diese Initiative ursprünglich ausging, haben bei der letzten Abstimmung zu Sonntagsverkäufen sagenhafte 70 Prozent Nein gesagt. Eine Aufhebung des Arbeitsverbotes an Sonntagen bedeutet doch, dass Städte am Sonntag zum «Einkaufsparadies» werden. Für die Stadt Luzern würde das bedeuten, dass am Dreieck Kasernenplatz, Bundesplatz, Bahnhof und in der Altstadt alle Geschäfte offen haben dürfen. Die grossen Geschäfte werden das sicher ausnützen, dort arbeiten zu 95 Prozent Frauen. Viele Frauen haben Familien oder sind alleinerziehend. Die kleinen Geschäfte können sich in der Regel einen zusätzlichen Arbeitstag gar nicht leisten. Aber welche kleinen Geschäfte gibt es überhaupt noch in der Altstadt? Ich bin in der Stadt Luzern aufgewachsen, früher war die Altstadt attraktiv, und der Kapellplatz und der Grendel waren interessante Einkaufsstrassen. Die Buchhandlung Haag, Musik Hug, Apotheke Schürmann, Fein-Kaller, Café Emilio, das legendäre Mövenpick, Bäckerei Zai, Kofler, Franz-Karl-Weber, Interdiscount, Schuhhaus Spieler – diese gibt es alle nicht mehr. Der jetzige Ladenmix ist aber für einen nachhaltigen Tourismus für einheimische Touristen – die wir eigentlich möchten – absolut uninteressant. Ich sage nichts gegen Gübelin und Bucherer und andere Luzerner Uhrenhändler. Meine Frau und ich sind dort auch Kunde. Jetzt will die Luzerner Regierung die Schmuck- und Uhrenwüste künstlich beatmen, indem sie am Sonntag alle Geschäfte offen lassen will. Die zusätzlichen ungefähr 60 Tage im Jahr werden dem Tourismus, den wir in der Stadt wollen, nicht helfen, sie werden eher einen Einkaufstourismus bewirken. Statt unter der Woche oder am Samstag wird man dann aus dem Seetal, aus dem Kanton Nidwalden und aus dem Kanton Schwyz in die Stadt Luzern fahren und dort shoppen. Erstens fliesst in diesen Gebieten dann die Kaufkraft ab, die Geschäfte in diesen Gemeinden werden es in der Kasse spüren, wenn ihre Dorfbevölkerung am Sonntag in der Stadt Luzern einkauft. Es bedeutet zweitens aber für unsere schöne Stadt Luzern mehr Verkehr, mehr Lärm, mehr Littering, und das am Sonntag, der mir etwas wert ist. Zum Schluss noch einen Exkurs in die Geschichte: Der arbeitsfreie Sonntag wurde seinerzeit von Kaiser Konstantin im Jahr 321 verfügt. Es gab verschiedene Versuche, diesen abzuschaffen, aber sowohl Napoleon als auch Lenin sind gescheitert. Es gab dann 50 Jahre, in denen der Sonntag in der Schweiz ein wenig unter die Räder gekommen ist, aber 1858 haben die Kantone Glarus und Schwyz den arbeitsfreien Sonntag

wieder eingeführt, und das sollten wir so lassen. Ich sehe einen Lichtblick in der Antwort des Regierungsrates, denn er ist sich bewusst, dass eine Änderung im Kanton Luzern referendumsfähig ist und es sicher eine Volksabstimmung gäbe. Ich bin sicher, dass die vernünftigen Luzernerinnen und Luzerner diese Änderung ablehnen würden. Deshalb bin ich mit den Antworten des Regierungsrates teilweise zufrieden.

Marcel Budmiger: Auch ich danke für die Beantwortung meiner Fragen. Es ist ein FDP-Trick, dass man etwas fordert und dann sagt, man hätte es gar nicht gewollt, so zum Beispiel bei neuen AKW, um dann nachzuschieben, dass man es gar nicht so gemeint habe beziehungsweise dass man nur AKW der neusten Generation gemeint habe, die es noch gar nicht gibt. Mit dem gleichen Trick redet sich der FDP-Vorsteher des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartementes heraus. Wenn man zum Bund geht und eine Verordnungsänderung fordert, welche die Sonntagsruhe in Luzern faktisch abschafft, heisse das natürlich noch nicht, dass man mehr Sonntagsverkäufe wolle. Wenn das ernst gemeint ist und kein Trick, dann schlage ich vor, dass man den Brief an den Bundesrat noch mit kostenlosem öV, kostenlosen Bergbahnen, Mindestlöhnen im gesamten Tourismusbereich, einem autofreien Schweizerhofquai und Mietzinserlass für zwangsgeschlossene Restaurants und Geschäfte ergänzt, die dem Tourismus auch helfen würden. Das wird man dann natürlich nicht umsetzen wollen, aber man hätte mehr Spielraum. Sie merken selbst, wie unglaubwürdig das tönt. Wenn ein Regierungsrat einen Brief schreibt oder an einer Medienkonferenz eine Forderung an den Bundesrat stellt, dann will er normalerweise auch das, was er fordert, ausser vielleicht, wenn es um Corona geht und eine Woche später wieder das Gegenteil gefordert wird. Bei der Ausdehnung der Sonntagsarbeit geht es aber nicht um Corona, sondern um die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen einer ganzen Branche, die heute schon mit harten Arbeitsbedingungen und tiefen Löhnen zu kämpfen hat. Im Detailhandel arbeiten überdurchschnittlich viele Frauen und Mütter. Ihre Kinder sollen zukünftig nicht nur den Samstag, sondern auch den Sonntag ohne ihr Mami verbringen. Das will unser Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor natürlich nicht, er fordert es nur. Der gemeinsame Sonntag, an dem man etwas mit Freunden und der Familie machen kann, soll für Hunderte Detailhandelsangestellte wegfallen. Auch dies will der Regierungsrat nicht, er fordert es nur. Höhere Fixkosten für den Detailhandel bei ähnlich bleibenden Umsätzen und die Verlagerung weg von den spezialisierten Kleinhändlern, die das Einkaufen spannend machen, hin zu den Grossverteilern will unser Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor nicht, er fordert es nur. Der Regierungsrat will beim Tourismusleitbild eine offene Diskussion führen und alle mit einbeziehen, das begrüssen wir. Spätestens dann muss er die Karten offen auf den Tisch legen und sagen, was er fordert und was er nicht fordert. Schade, hat er nicht den Mut und die Grösse, das heute schon zu tun. Wobei, an der Medienkonferenz von letzter Woche hat er es eigentlich schon getan. Wie unsensibel das Vorgehen ist, zeigt der folgende Vergleich: Im Frühling 2020, als es in den Läden noch keine Maskenpflicht gab, als Händewaschen und Abstandhalten das Motto waren, hat der Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker die Gewerkschaften, die Detaillisten und die Sozialpartner angefragt, ob es nicht möglich sei, vor Ostern die Ladenöffnungszeiten um insgesamt zweieinhalb Stunden auszudehnen, damit man die Leute besser verteilen kann, um besser Abstand halten zu können. Man hat dem als einmalige Ausnahme zugestimmt. Wir wurden angefragt wegen zweieinhalb Stunden, der jetzige Vorschlag der Regierung würde zusätzliche 60 verkaufsoffene Sonn- und Feiertage bringen, insgesamt 660 Stunden, also massiv mehr. So lanciert man nicht eine Diskussion, so beendet man eine Diskussion. Das muss aber vielleicht nicht nur schlecht sein, denn wenn Sonntagsarbeit und eine Kaserne im Vatikan alles sind, was der Luzerner Regierung zur Tourismusförderung einfällt, dann fangen wir mit dieser Diskussion besser gar nicht an.

Ursula Berset: Ich versuche einmal, die zum Teil nicht ganz astrein formulierten Fragen und die ausführliche Antwort des Regierungsrates auf beide Anfragen in zwei Kernpunkten zusammenzufassen: Erstens: Unsere Regierung hat sich zusammen mit zwei anderen Kantonen beim Bund dafür stark gemacht, dass für sogenannten Tourismuszonen in Städten die Sonntagsarbeit für alle ermöglicht wird. Zweitens: Weil die zur Diskussion stehende

Verordnung durch den Bundesrat erlassen wird, würde diese neue Verordnung für den Kanton Luzern erst einmal eine Türe öffnen, das heisst eine neue Handlungsoption ermöglichen. Darum ist die Aktion des Regierungsrates auch nicht als Schritt in Richtung Aufweichung unserer immer noch sehr restriktiven Ladenöffnungszeiten zu gewichten. Aus Sicht der GLP ist das ein sehr geschickter Schachzug und ganz in unserem Sinn. Wir haben uns in den vergangenen Debatten zu Ladenöffnungszeiten konsequent für liberale Lösungen eingesetzt. Ich bin sicher, Sie können sich alle bestens an die flammenden Reden meines Fraktionskollegen Urs Brücker in der Dezember-Session 2019 erinnern. Ich will die Argumente hier nicht wiederholen. Wir unterstützen auch die Haltung des Regierungsrates in seiner Antwort auf die vorliegenden zwei Anfragen, dass es für den Tourismus in Luzern wichtig ist, neue Wege zu denken – Zitat: «Wir brauchen also neue Ideen, um die Wertschöpfung und somit die Arbeitsplätze im Tourismus zu erhalten.» Seien wir ehrlich, wir wollen alle raus aus diesem Pandemie-Modus. Für die betroffenen Unternehmen ist es nicht lustig, «am Tropf des Staates hängenzubleiben». Darum müssen wir kreativ und offen für neue Entwicklungen sein. Wenn der Regierungsrat beim vorliegenden Thema Bewegung hineinbringt, müssen wir das nicht gleich als Bedrohung sehen, am Schluss machen wir das Ladenöffnungsgesetz. Der Regierungsrat kann gar nicht einfach an uns Volksvertreterinnen vorbei etwas ändern. Wir werden in dieser Sache sowieso das letzte Wort haben. In diesem Sinn unterstützt die GLP die Haltung des Regierungsrates und wird den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit mit Interesse verfolgen.

Heidi Scherer: Hilferuf, Bubentrickli, Verheimlichung, Aushebelung – die FDP ist erstaunt über diesen Sturm im Wasserglas. Schon vor der Pandemie konnte man feststellen, dass sich das Einkaufsverhalten ändert, auch ohne die Diskussionen über die Ladenöffnungszeiten. Mit der Pandemie hat der Onlinehandel einen riesigen Boom erlebt. Dass das sich wieder ändert, wird wohl kaum der Fall sein. Tourismusgebiete und tourismusnahe und tourismusabhängige Branchen leiden aufgrund der Pandemie stark, vor allem in den Städten. Alle sind sich im Klaren, dass vieles nicht mehr so wird wie vor Covid-19. Umso wichtiger ist es, dass man bereit ist, sich der veränderten Welt anzupassen und neue Strategien zu entwickeln. Die Schweiz und damit auch der Kanton Luzern sind ein Tourismushotspot. Davon profitieren wir alle. Jetzt sind politische Exponenten zusammengetroffen, um sich einen möglichen, ich betone möglichen, Handlungsspielraum zu verschaffen. Was ist daran falsch? Es gibt doch kein Denkverbot. Das Resultat ist ergebnisoffen und nicht definiert, aber schon ist der mediale Sturm im Wasserglas da. Das ist unverständlich. Den Städtetourismus zu fördern, der mit Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen viel zu unserem Wohlstand beiträgt, sei ein Bubentrickli. Es geht lediglich um gleich lange Spiesse und flexiblere Handlungsmöglichkeiten. Regionalpolitik darf auch in den Städten stattfinden, nicht nur in den ländlichen Regionen. Dass Gegenden wie Ferienorte zu Tourismuszonen erklärt werden sollen, kann eine Chance sein für alle, die wollen. Neben einem breiten Freizeit-, Tourismus- und Kulturangebot mit Museen, Kinos, Beizen, Bibliotheken, Märkten, Messen, öffentlichen Dienstleistern und Weiteren, die alle heute auch schon am Sonntag arbeiten, ist es doch nachvollziehbar, dass man allenfalls auch noch am Sonntag einkaufen möchte. Man kauft heute auch schon am Sonntag in Tankstellen oder an Bahnhöfen ein. Einige Anbieter werden verschwinden, andere werden ihr Konzept anpassen müssen, wieder andere sind bereit für die Zukunft. Flexibilität ist angesagt, das gilt auch in diesen sich verändernden Arbeitsort- und Arbeitszeitmodellen. Der Prozess ist nicht mehr zu stoppen, und das ist okay. Ich habe einmal gelernt, Initiativen nicht zu brechen. Dieses Treffen war eine solche Initiative. Sie bietet Chancen für uns alle. Der Regierungsrat hat die beiden Anfragen aus unserer Sicht unaufgeregt, sachlich und nachvollziehbar beantwortet.

Armin Hartmann: Ladenöffnungszeiten sind ein emotionales Thema. Über Liberalisierungen haben wir in der Vergangenheit viel gesprochen. Verschiedene Parlamente in der Schweiz hatten immer wieder den Mut und haben Vorschläge gemacht und wurden ebenso oft vom Volk zurechtgestutzt. Diejenigen, die schon länger in diesem Rat sind, wissen, dass Diskussionen über Ladenöffnungszeiten mit Vorsicht angegangen werden

müssen. Was wir hier vor uns haben, zeigt, dass die Regierung diese Vorsicht hier vermissen liess. Wir zeigen deshalb Verständnis für die Reaktionen von Markus Gehrig und von Marcel Budmiger und danken ihnen für ihre Vorstösse. Die Antworten der Regierung können wir nur teilweise nachvollziehen. Wir teilen das Engagement für den Tourismus und verstehen den Wunsch nach mehr Handlungsspielraum. Wir teilen auch die Haltung, dass es grundsätzlich keine Denkverbote geben darf. Trotzdem ist es politisch ganz klar ein falsches Zeichen, wenn sich der Kanton Luzern so kurz nach einem eher mühsamen Kompromiss so engagiert. Es ist falsch, eine Diskussion zu lancieren, ohne wenigstens mit den wichtigsten Playern Vorgespräche geführt zu haben. Es muss auch dem Regierungsrat klar sein, dass dieses Vorgehen und diese Positionierung als Provokation aufgefasst werden. Natürlich kann man jetzt argumentieren, Volk und Parlament hätten dem Bundesrat hier die Kompetenz gegeben, und es sei legitim, zumindest einmal vorzuspuren, um Handlungsspielraum zu gewinnen. Aber das greift in meinen Augen ganz klar zu kurz. Ich erwarte von der Regierung, dass sie einen Führungsanspruch geltend macht und auch einmal vorausgeht, aber hier ist das Thema Ladenöffnungszeiten klar das falsche Thema. Der Regierungsrat müsste hierfür ein Thema wählen, bei dem er wenigstens den Hauch einer Chance hätte, das Volk zu überzeugen. Das ist hier nicht der Fall. Wenn es morgen eine Volksabstimmung zu diesem Thema gibt, hat diese keine Chance. Natürlich wird es jetzt noch keine Volksabstimmung geben, die diesbezüglichen Kompetenzen sind klar. Es ist jedoch unsere Aufgabe als Parlamentarierinnen und Parlamentarier, schon jetzt auf die Haltung des Volkes hinzuweisen, denn beim Thema Ladenöffnungszeiten hat das Volk bereits alles gesagt.

Fabrizio Misticoni: Wir danken der Regierung für die kurzfristige Beantwortung der Anfragen. Ein wenig unsensibel ist es aus unserer Sicht schon, wenn ein solcher Auftritt unangekündigt stattfindet und insbesondere die Sozialpartner nicht vorgängig informiert werden, vor allem im Wissen darum, wie kontrovers die Diskussion 2019 war. Es wird dazu in der Antwort zur Anfrage A 781 ausgeführt: «Mit dem Vorstoss auf nationaler Ebene wird auf kantonaler Ebene noch gar nichts geändert.» Das ist grundsätzlich richtig. Die offensichtlich beabsichtigte Positionierung und Signalwirkung sind aber irreversibel. Die offensichtlichen Widersprüche in den Antworten wurden bereits von einigen Vorrednern aus verschiedensten Parteien aufgezeigt. Die Reaktionen zeigen, dass dieser Versuchsballon kommunikativ wohl nicht 100 Prozent durchdacht war. Ich hoffe, diese Botschaft ist angekommen. Die Beweggründe des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektors sind in den Grundzügen schon nachvollziehbar, und es ist sicher nicht grundsätzlich verkehrt, sich für die Stadt Luzern als Wirtschaftsregion einzusetzen und sich diesbezüglich weiter gehende Überlegungen zu machen zu einer hoffentlich nachhaltigen Weiterentwicklung des Stadttourismus. Markus Gehrig als Direktbetroffener hat sehr eindrücklich geschildert, wie sich der Ladenmix in der Stadt Luzern negativ entwickelt hat. Ob eine Aufweichung der Sonntagsregelung diesem Phänomen wirklich entgegenwirken kann, bezweifle ich. Über die massiven Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen der Angestellten sind wir uns hoffentlich einig. Wir begrüssen es aber auch, dass gemäss Antwort der Tourismus im Kanton nachhaltig und zukunftsgerichtet gestaltet werden soll. Der erwähnte Fokus auf Gäste aus der Region, der Schweiz und dem europäischen Ausland ist sinnvoll. Auf Qualität vor Quantität und vor Kurzaufenthaltern zu setzen, ist ebenfalls richtig. Ob es dazu wirklich eine Aufweichung der aktuellen Sonntagsverkaufsregelung braucht, ist fraglich. Wir begrüssen auch die klare Haltung des Regierungsrates, dass an diesem Kompromiss festgehalten werden soll. Diese Aussage muss aber auch Bestand haben. Das konsequente Festhalten am Kompromiss von 2019 ist in erster Linie auch eine Aufgabe unseres Rates. In der damaligen Debatte hat es durchaus schon einige Liberalisierungsgelüste gegeben, offen oder verklausuliert. Für die Grünen und Jungen Grünen ist es klar, dass der damalige Kompromiss, der notabene ohne Volksabstimmung durchgewinkt wurde, Bestand haben muss.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Ich danke für die Diskussion und für die positiven Voten, nachdem viel Kritik

auf uns niedergeprasselt ist, auch bereits mit den Vorstössen. Es geht um einen nationalen Vorstoss, und es geht um den Tourismus. Die Corona-Pandemie belastet viele Branchen seit zwei Jahren stark, so leidet auch der Tourismus ganz besonders in den Städten. Gerade in Luzern ist der Tourismus ein relevanter Wirtschaftsfaktor. So haben vor der Pandemie allein in der Stadt Luzern rund 7800 Personen im Tourismusbereich gearbeitet und eine Wertschöpfung von fast 850 Millionen Franken erwirtschaftet. Es geht also auch um Arbeitsplätze. Der Tourismus ist nicht nur ein relevanter Wirtschaftsfaktor, er trägt auch zu einer kulturellen Vielfalt mit Museen, mit Konzerten, mit einer Internationalität und zu einem breiten Gastronomieangebot und Verkehrsinfrastrukturen wie der Schifffahrt oder den Bergbahnen bei. Er trägt auch zur Finanzierung dieser Angebote bei. Der Städtetourismus wird von der Pandemie nachhaltig belastet, Geschäftsreisen bleiben aus, Kongresse finden digital statt, und Konzerte fallen aus. Wir müssen uns also Massnahmen überlegen, wie wir den Tourismus in den Städten wieder ankurbeln können. Mit Geld vom Staat allein können wir den Tourismus nicht retten, und es kann auch nicht die Aufgabe des Staates sein, langfristig Geld in den Tourismus zu stecken. Wie soll also der Tourismus wieder auf Vordermann gebracht werden? Wie können wir diese Arbeitsplätze erhalten? Wie können wir diese Wertschöpfung erhalten? Wie können wir die Vielfältigkeit in den Innenstädten und in der Schweiz erhalten? Wir müssen den Tourismus für die Zeit nach der Pandemie neu denken, insbesondere bei uns in Luzern. Jetzt heisst es also, den Blick nach vorne zu öffnen, innovativ zu sein und sich nicht zum Vornherein neuen Ideen gegenüber zu verschliessen. Am 14. Januar 2022 habe ich deshalb als Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor unseres Kantons an einer Medienorientierung in Zürich teilgenommen. Die Orientierung fand statt unter der Leitung meiner Regierungskollegin Carmen Walker Späh, Volkswirtschaftsdirektorin des Kantons Zürich, sowie mit Christian Vitta, Vorsteher des Finanz- und Wirtschaftsdepartementes des Kantons Tessin, sowie Tourismusvertretern aus Zürich und Genf, wobei der Vertreter aus Genf wegen Corona nicht vor Ort sein konnte. Auch Branchenvertreter waren dabei. Die Gesamtregierung war über die Medienorientierung informiert und unterstützte meine Teilnahme. Die Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich hat diesen Event organisiert und selbstverständlich allen Medien zugesandt. Von einer Verheimlichung kann keine Rede sein, denn bei einer Medienorientierung geht es darum, die Öffentlichkeit zu informieren. Das ist gelungen, wir sprechen heute darüber. Das Hauptanliegen der Rednerinnen und Redner am 14. Januar 2022 war die Belebung des Städtetourismus. Es geht um den Tourismus, und zwar in der ganzen Schweiz. Sämtliche Schweizer Städte, nicht nur Luzern, leiden im Tourismussektor zum Teil massiv unter den Auswirkungen der Pandemie und werden mit grosser Sicherheit auch unter den Nachwirkungen der Pandemie noch länger leiden. Eines der vorgebrachten Anliegen war die Überprüfung einer Verordnung zum Arbeitsgesetz auf Bundesebene. In dieser Verordnung sind heute die touristischen Berggebiete bessergestellt als die städtischen touristischen Gebiete. So sind heute die Berggebiete bei den Ladenöffnungszeiten freier als die Städte. Hier möchte ich gleich ein Missverständnis aus dem Weg räumen und für Klarheit sorgen: Wir sprechen immer nur von städtischen und gleichzeitig touristischen Gebieten. Es geht nicht um den ganzen Kanton Luzern, es geht auch nicht um die ganze Schweiz. Es kann also in keiner Art und Weise von einem Angriff auf den Kompromiss für den ganzen Kanton Luzern die Rede sein. Es liegt in der Kompetenz des Bundesrates, diese Verordnung für die touristischen Gebiete anzupassen. Ich bin mir als Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor sehr wohl der Situation im Kanton Luzern bewusst, dass aus Luzerner Sicht die Änderung der aktuellen Regelung für den ganzen Kanton Luzern nicht zur Diskussion steht. Um Ihnen aufzuzeigen, dass ich das so kundgetan habe, kurz ein Zitat aus meinem Votum vom 14. Januar 2022: «Luzern ist bei den Ladenöffnungszeiten für den ganzen Kanton eher restriktiv. Die Stimmbevölkerung hat sich mehr als einmal gegen Liberalisierungen ausgesprochen. Erst seit kurzer Zeit führte ein Kompromiss zu leicht längeren Öffnungszeiten. Mir geht es heute nicht darum, dass wir im ganzen Kanton Luzern bald längere Öffnungszeiten haben, es geht mir heute darum, dass wir einen möglichst grossen Handlungsspielraum haben, um den Tourismus neu zu denken und für die Zukunft zu

gestalten. Alle Kantone sollen mit ihren Gemeinden definieren können, wann und wo Geschäfte für touristische Zwecke öffnen dürfen oder nicht.» Das waren meine Kernaussagen an der Medienkonferenz in Zürich. Der Grund für unser Engagement auf nationaler Ebene liegt denn auch beim kantonalen Tourismusleitbild, das zurzeit überarbeitet wird. Für dieses Leitbild möchten wir wie Sie auch mehr Handlungsspielraum haben, um zu prüfen, wie wir den Tourismus weiterentwickeln können. Da darf man über erweiterte Ladenöffnungszeiten diskutieren, beschränkt auf Zeiten oder Tage, auf Quartiere und den Tourismus und auch auf Jahreszeiten. Das läge dann in der Kompetenz Ihres Rates im Rahmen des Tourismusleitbildes und einer eventuellen Gesetzesrevision. Wir wollen beispielsweise mehr Individualtouristen aus mehr Gästemärkten ansprechen. Wir wollen mehr Gäste aus der Region, aus der Schweiz und aus Europa. Wir wollen einen nachhaltigeren Tourismus fördern. Dazu gehört auch die Anreise. Wir hoffen natürlich, dass Luzern in Zukunft mit dem Durchgangsbahnhof noch besser, regelmässiger und schneller an die anderen Schweizer Zentren angebunden ist. Dann kann man auch von einer Stadt rasch in die nächste gehen, aber das muss attraktiv sein auch für Individualtouristen, die aus Europa vielleicht mit dem Zug kommen. Das Tourismusleitbild ist in Erarbeitung, und voraussichtlich im Herbst dieses Jahres werden der Entwurf des Leitbildes und das angepasste Tourismusgesetz in die Vernehmlassung gegeben. Für die Anpassung des Tourismusgesetzes werden wir Ihrem Rat eine Botschaft vorlegen. Sollte der Bundesrat die arbeitsrechtlichen Verordnungen auf Bundesebene anpassen, wäre eine Diskussion im Kanton Luzern überhaupt erst möglich. Erst dann könnten wir auch über die Chancen dieses Themas diskutieren. Wenn es so weit kommen und diese Idee als Chance aufgegriffen werden sollte, dann werden wir das mit den betroffenen Sozialpartnern diskutieren und das weitere Vorgehen anschauen. Im Gegensatz zu anderen Kantonen sind bei uns die Ladenöffnungszeiten in einem separaten Gesetz geregelt. Die Ruhetage müssten also geändert werden. Ich möchte in diesem Sinn noch einmal betonen, dass die Regierung hinter dem Kompromiss von damals steht. Es geht hier aber um den Tourismus, und ein Denkverbot für das Tourismusleitbild darf es nicht geben. Es ist unserem Rat ein Anliegen, den Handlungsspielraum für unseren Kanton so gross wie möglich zu halten und gleich lange Spiesse für die touristischen Städte und die touristischen Berggebiete zu schaffen und Chancen für den Tourismus der Zukunft zu finden. Ich danke für die Diskussion.